

titl.
Dělnická akademie
P r a h a II.
Hybernská ul. 7.

Die Demokratie

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
R. Dafflon u. Verwaltung: Drag II, Refánska 16 • Teleph. : 26793, 31460, Nachdruck. (ab 21 U.) : 33555 • Dohlfedam: 57544

13. Jahrgang.

Freitag, 8. September 1933

Nr. 210.

Ein tschechoslowakischer Reichstagsbrand?

Unglaubliches ist geschehen: ein Emigrant wurde von einem Nationalsozialisten ermordet. Der Mörder ist flüchtig und die sudetendeutsche Gleichschaltungspresse hat den Ermordeten in schamloser Weise beschimpft. Die geistige Urheberin der nationalsozialistischen Bewegung und der mit ihr verbündeten bürgerlichen Presse ist umso weniger zu bestreiten, als sie wenige Tage vor dem Mord geschrieben hat, die Emigranten stünden außerhalb der menschlichen Gemeinschaft. So forderte sie geradezu unmittelbar zum Mord auf.

Noch Unglaublicheres als der Mord selbst ist aber jetzt geschehen! Da die Blutschuld der Nationalsozialisten trotz allem Geschmier der faschistischen Blätter nicht wegzuleugnen war, haben sie eine neue Methode der Ablenkung erfunden: sie bezeichnen den Marienbader Mord als eine Provokationsstat der Freunde Lessings, also offenbar der Sozialdemokraten, und der tschechischen Parteien, die ein Verbot der nationalsozialistischen Partei erreichen wollten. Der Reichstagsbrand hat also Schule gemacht! Die Brandstifter belasteten Sozialdemokraten und Kommunisten mit der Schuld. Die Schuldigen an der Marienbader Mordtat wollen gewissermaßen einen sudetendeutschen Reichstagsbrand ins Werk setzen.

Der „Tag“ vom 7. September ließ sich „aus Esfertreiben“ einige Bemerkungen zum Falle Lessing schreiben. Es wird nach der Bestrafung des Mörders gerufen, was die Nazis umso unbedenklicher tun können, als er schon längst in Sicherheit ist. „Der Tag“ verbindet mit dieser für ihn so billigen Forderung eine neue Schmähung des Toten. Der Mord sei überhaupt nicht politisch zu werden, sondern sei ein „reiner Rechtsfall“, für den erschwere und mildernde Umstände in Betracht gezogen werden müßten. Erschwere Umstände aber kämen nur in Frage, wenn der Tote „hervorgeragt hätte“, kurz, wenn er ein wertvoller Mensch gewesen wäre. Indem „Der Tag“ diese „Überlegungen“ wiedergibt, verneint er natürlich den Wert des Ermordeten für die menschliche Gesellschaft. Er will ausdrücken, was die kurze Formel besagt: „Was regt ihr euch auf? Es war ja doch nur ein Jud!“

Und eben darum macht er sich auch lustig über das Aufgebot an Sicherheitsorganen, das zur vollständigen Klärung der Mordtat eingesetzt wurde. „Ein Herodotates könnte im Grabe neidisch werden, daß es ihm nicht vergönnt war, durch seinen Tod so viel von sich sprechen und schreiben zu machen.“ — Denn Lessing ist nicht wahr, nur aus Eitelkeit gestorben? Es fehlt nur noch die Behauptung, daß er die Tat mit Eckert verabredet hat.

Aber es kommt noch schöner. Nämlich so:

„Gewiß, der Untersuchungsrichter muß sich auch mit den Urhebern einer Tat beschäftigen; oft sogar viel eingehender, als mit dem Mörder selbst, der ja in manchen Fällen nicht viel mehr darstellt, als ein lebendes Werkzeug. Dies ist ganz in Ordnung! Nur wird er hierbei nicht übersehen dürfen, seine Untersuchungen auch in eine andere Richtung zu lenken, von welcher bis jetzt auffallenderweise gar nichts zu hören ist, — ob nämlich hier nicht seitens dunkler Hintermänner eine typische Provokationsstat vorliegt. Wenn die Tat schon ein politisches Moment darstellt, soll was aber durchaus noch nicht so sicher ist, denn ein minderintelligenter Täter könnte sie auch in der ganz irigen Vorstellung vollbracht haben, sich hiedurch in einem gewissen Kreise eine Lebensposition zu schaffen, also eigentlich ein ganz gewöhnliches Motiv des Eigennutzes, wird unbedingt erwogen werden müssen, in wessen Interesse sie mehr gelegen sein kann: Im Interesse einer Gruppe, die Lessing feindlich gesinnt war oder im Interesse einer entgegengelegten Gruppe, welche in einer notorischen Provokationshandlung ihren Reizen zu üppiger Blüte bringen will. Auch diese Erwägung kann natürlich vorläufig bloß eine Möglichkeit darstellen, — weiter auch nichts. In diesem Zusammenhang sei übrigens auch auf die Unzufriedenheit verwiesen, welche sich in einigen führenden tschechischen Blättern Luft macht, daß die reichsdeutschen Flüchtlinge hier ganz einfach eine politische Kampf-

zentrale einrichten, — eine Tätigkeit, welche das gewährte Gastrecht oft in recht unerwünschter Weise in Mitleidenschaft zieht. Wenn also von mander Seite die Avers-Zeit der Medaille so auffallend stark beleuchtet wird, ist es vielleicht am Platze, auch hinzuweisen auf — die Revers-Seite der Medaille.“

Die Ansicht, daß der Täter „in manchen Fällen nicht viel mehr darstellt, als ein lebendes Werkzeug“, ist durchaus zu teilen. Wir machten aus ihr kein Hehl im Falle Marinus van der Lubbe und noch weniger im Falle Eckerts. Aber „Der Tag“ hat die seltsame Frechheit, als die Auftraggeber Eckerts — dunkel und unbestimmt genug, um nicht gerichtlich gefaßt werden zu können — eine Gruppe zu bezeichnen, die den Lessing-Feinden „entgegengesetzt“ ist. Das will, ins klare Deutsch überfetzt, besagen, daß „Der Tag“ eine politische Gruppe beschuldigt, die an dem Fall Lessing die ganze faschistische Gefahr aufzeigt, in der wir schwelgen: die sudetendeutsche Arbeiterschaft und die Verteidiger der Demokratie im tschechischen Lager.

Die Ermordung Lessing war, wie nachgewiesen ist, im Interesse der Gruppe gelegen, die auf seinen Kopf einen Preis ausgesetzt hat. Diese Gruppe ist die Bruderbewegung der sudetendeutschen Nationalsozialisten. Es ist die Partei Hitlers, deren Mördergrundsätze vom „Tag“ gebilligt und geheißelt werden.

Freilich haben die Schüsse von Marienbad das Weltgewissen geweckt und die Aufmerksamkeit auf die Mitschuldigen gerichtet, die in verschiedenen sudetendeutschen Redaktionsstuben sitzen. Das Ergebnis dieser Aufmerksamkeit aber fürchtet „Der Tag“ und darum will er ein Reichstagsbrandchen inszenieren. — Etwas plumper und deutlicher als „Der Tag“ schreibt die „Grasliher Zeitung“ vom 3. September:

„Kann der nach dem ‚Volkswille‘ übelbeseumte Täter nicht gebungen sein von Leuten, die gerne die Auflösung der nationalsozialistischen Partei hier sehen würden. — Wie die ‚Bohemia‘ meldet, bestehen Verdachtsgründe, daß der Mord in Prag vorbereitet worden ist und die politische Nachrichtenabteilung forscht nach den Urhebern, die in Prag vermutet werden.“

Es fehlt, wie man sieht, nur noch die Behauptung, der Mörder habe im Auftrage der für eine Auflösung der Nazipartei zuständigen Regierung gehandelt.

Wenn die Verleumder den Mut hätten, konkreter zu sprechen, so könnte die Auseinandersetzung vor dem Richter stattfinden. Freige, wie es sich für geistige Untertanen des Dritten Reiches gehört, werden sie diese Konkrete Anglistik vermeiden.

Dafür aber werden wir sie doppelt energisch zur Verantwortung ziehen! Es ist genug, daß die

Mordhebe ein Opfer gefordert hat. Daß man nun die Beschläger auch weiterhin gewähren läßt, ja, es gestattet, daß sie die freie Beschuldigung erheben, Segner der Hakenkreuzler hätten den Mord inszeniert, das müßte, denken wir, selbst für die Geduld der Zensoren und Staatsanwälte zuviel sein, deren Amt es schließlich auch ist, die Öffentlichkeit vor leichtfertiger und in ihren Folgen unabsehbaren Veruntüchtigung zu bewahren.

Die Arbeiterschaft, die bisher kühles Blut bewahrt hat angesichts der Ungeheuerlichkeiten, deren sich die Gleichschaltungspresse Tag um Tag schuldig macht, ist am Ende ihrer Langmut angelangt. Wenn die Ehre aller Demokraten für Mitschuldige von Märdern vogelstrei ist, dann hat sie keinen Grund mehr, die Häute in der Tasche zu lassen. Ein Reichstagsbrand genügt für Europa. Ein weiterer wird sich am allerwenigsten auf sudetendeutschem Boden ereignen. Die Lehre, die die sudetendeutsche Arbeiterschaft aus den deutschen Ereignissen gezogen hat, ist zu eindringlich, als daß sie das gestattet!

Schach der fascistischen Mordnetze!

Ernstic Beratungen des Parteivorstandes.

Am 7. September traten der Parteivorstand sowie die parlamentarische Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Partei zu einer Sitzung zusammen. In der mehrstündigen Beratung wurden die durch die Marienbader Mordtat und das Treiben der reichsdeutschen und sudetendeutschen Faschisten geschaffene Situation sowie alle zur Abwehr der hakenkreuzlerischen Mordhebe erforderlichen Maßnahmen erörtert. In diesem Zusammenhange wurde auch das Treiben der sogenannten neutralen und der faschistischen Presse eingehend besprochen, der die geistige Urheberin an den letzten Ereignissen zuzuschreiben ist.

Es bestand in der Sitzung des Parteivorstandes volle Einmütigkeit über die in Betracht kommenden Abwehraktionen, deren Einzelheiten der in der kommenden Woche zusammen tretenden erweiterten Parteiberatung zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

Die Rüstungskontrolle paßt den Nazis nicht!

Gewundene Erklärung von offiziöser deutscher Seite

Berlin, 7. September. Den Standpunkt, den Deutschland in den kommenden Abrüstungsberatungen einnehmen wird, formuliert bereits heute das offizielle Berliner „Conti-Nachrichtensbüro“ wie folgt:

„Die im Oktober wieder beginnende Abrüstungskonferenz wirft jetzt schon ihre Schatten voraus und die französische Presse stellt immer stärker in den Mittelpunkt ihrer Disfussion den Tardieuplan einer Rüstungskontrolle. Die Absicht dabei ist ganz offenbar, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der eigentlichen Aufgabe der Abrüstungskonferenz, nämlich die Rüstungen herabzusetzen, abzuweichen.“

Von deutscher Seite ist immer wieder betont worden, daß wir niemals eine Kontrolle der Rüstungen ablehnen, aber wir können eine solche Kontrolle nur unter der Voraussetzung der völligen Gleichheit und Gleichberechtigung anerkennen. Diese Voraussetzung besteht aber nicht, so lange nicht alle Vertragspartner

gleichermäßen abgerüstet haben. Eine Rüstungskontrolle bei dem gegenwärtigen Rüstungsstand, bei dem auf einer Seite die hochgerüsteten Staaten und auf der anderen Seite die völlig (?) abgerüsteten stehen, ist völlig sinnlos und geradezu ein Hohn auf die Ziele der Abrüstungskonferenz.“

Impfgegnerschaft staatsgefährlich.

Verbot in Thüringen.

Berlin, 7. September. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, sind vom thüringischen Innenministerium im Lande Thüringen alle Impfgegnervereine sowie der Impfgegnerverein-Bund aufgelöst und verboten worden. Das Verbot dieser Organisationen wurde beschlagnahmt. Zuwiderhandlungen gegen diese Verbote sollen bestraft werden, wobei gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß jede öffentliche impfgegnerschaftige Betätigung strafbar ist.

Nun ist's genug!

Die Schüsse, die ein Wilderer in Marienbad auf Professor Lessing abgegeben hat, haben der gesamten Öffentlichkeit aufgezeigt, daß die Mordbanditen des Dritten Reiches keine Staatsgrenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakischen Republik kennen und daß man das Niedermegeln politischer Gegner aus dem Hinterhalt, den feigen Mordmord zu einem Einflußartikel aus dem neuen Deutschland machen will.

Aber mit der Verfolgung dessen, der den Mordrevolver gebraucht hat, allein ist es nicht getan und der Kampf gegen die braune Mordpest ist nicht nur eine polizeiliche, sondern eine politische Angelegenheit. Es handelt sich nicht nur um den oder die Mörder, es handelt sich um alle, welche eine maßlose Bege gegen diejenigen entfalten, die auf dem Boden der Demokratie stehen und allen Gleichschaltungs-Bestrebungen unbeeugamen Trotz entgegensetzen. Dieser Aufgabe, dem Hakenkreuz in den deutschen Gebieten der Republik mit aller Energie entgegenzutreten, müssen sich alle bewußt sein, denen es Ernst ist mit der Erhaltung jener Freiheiten, die in Deutschland von den Soldatenstiefeln der braunen Landsknechte niedergetreten werden. Wir müssen alle Bestrebungen, den politischen Terror auch bei uns einzuführen, den Mord am Gegner zum Alltagsmittel im politischen Kampfe zu machen, im Keime ersticken.

Die verlässlichste Macht in diesem Kampfe ist die Arbeiterklasse dieses Landes, die zur Abwehr des Einbruchs des Faschismus bereit und entschlossen ist. Der eindrucksvolle Aufmarsch beim Antifaschistentag in Bodenbach hat gezeigt, daß wir gerüstet sind. Eine Reihe von Kundgebungen im Wirkungsgebiete unserer Partei in der nächsten Zeit wird sowohl den stillen als auch den lauteren Freunden des Hitlerregimes bei uns zu Lande zeigen, daß die kampfgewohnte sudetendeutsche Arbeiterklasse keinen Spasch versteht. Mögen es die Hakenkreuzler und alle jene, die mit ihnen sympathisieren, mögen es die ganz aber auch die halbfaschistischen Blätter nicht zu weit treiben! Die Geduld der Arbeiterklasse ist nicht unerhöpft und es hat das gute deutsche Sprichwort noch immer Geltung: Wer nicht hören will, muß fühlen!

Es ist aber auch die Pflicht der Behörden dieses Landes nach dem Rechten zu sehen und an diese Pflicht wollen wir sie mit allem Nachdruck erinnern. Die Behörden eines demokratischen Staates müssen die Demokratie schützen. In einzelnen Bezirkshauptmannschaften herrscht ein politisches Unverständnis, eine Unkenntnis der elementarsten Tatsachen des politischen Lebens dieses Landes, die jeder Beschreibung spottet. Was soll man zu einem Bezirkshauptmann sagen, der auf einen Bürgermeister, der von der Regierung seiner antidemokratischen Bestimmung wegen nicht bestätigt wird, eine Lobrede hält? Sind die Bezirkshauptleute dazu da, sich aus dem Ministerium des Innern einen guten Tag zu machen? In einem anderen Bezirk wieder reihen Gendarmen ein sozialdemokratisches Blatt von der Anschlagstafel herunter, aber das hakenkreuzlerische Organ darf weiter plakatiert werden und der Herr Bezirkshauptmann spaziert seelenruhig an dieser Anschlagstafel jeden Tag vorbei, wenn er ins Amt geht. Ein dritter Bezirkshauptmann verbietet ganz einfach den öffentlichen Anschlag sozialdemokratischer Blätter in der Nähe der Grenze und ein vierter Bezirkshauptmann stellt einem nationalsozialistischen Bürgermeister das beste Zeugnis aus, nur damit dieser bestätigt wird, während er einen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, der zu den tüchtigsten Kommunalpolitikern des Bezirkes gehört, fragt, wieso er denn Sozialdemokrat sein könne. In einem Grenzbezirk leistet ein aktiver Staatsbeamter nachgewiesenermaßen den Hakenkreuzlern Kurierdienste, bringt ununterbrochen Nachrichten herüber und hinüber, es finden sich hohe Beamte für

Leuschner — im Zuchthaus

Die „Deutsche Freiheit“ berichtet, daß sich der frühere baltische Innenminister Wilhelm Leuschner gegenwärtig im Zuchthaus Kollenberg befindet.

Leuschner war bekanntlich vom „Führer der Deutschen Arbeitsfront“ Leh zur Teilnahme an der deutschen Delegation zur Internationalen Arbeitskonferenz genötigt und, da er sich in Genf nicht nach den Wünschen Leh verhielt, auf der Rückfahrt von Genf in Freiburg verhaftet worden. Leuschner war vom früheren Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Genf nominiert worden. Sein Mandat ist heute noch gültig! Ohne Anklage, ohne Strafverfahren, ohne Urteil, wird hier ein Mann, der zur Wahrung deutscher Interessen vor einem internationalen Forum berufen ist, in ein Zuchthaus geworfen und mit Schwerverbrechern auf eine Stufe gestellt. Nur weil er den Heilern des deutschen Volkes nicht nach ihrem Willen dienen will!

In einer Provinzstadt wird ein sozialdemokratischer Arbeiter überfallen: bei der Gerichtsverhandlung verurteilt ihn der faschistisch gesinnte Richter zu acht Tagen, während der feige Vorfälle, der unseren Gesinnungsgenossen überfallen hat, nur zwei Tage erhält. In einer Bürgerschule erzählt der Geschichtslehrer den Kindern, am Versailles Frieden seien die Sozialdemokraten schuld und ein Mittelschulprofessor getraut sich öffentlich zu sagen, für ihn existieren nicht die Erlässe des Ministers Dörer, er unterrichte nur auf arischer Grundlage.

Wir könnten noch viele solcher Fälle anführen, die uns bekannt sind und über welche unsere Vertrauensmänner in der geistigen Sitzung des Parteivorstandes berichtet haben. Unsere Genossen waren mit Recht: erregt und erklärten, daß solche Zustände nicht weiter gebuldet werden können. Wir werden der Verwundung und der Tätigkeit der Behörden erhöhtes Augenmerk zuwenden und die Beamten, die sich ihrer Pflichten gegenüber der Demokratie nicht bewußt sind, werden es mit unserer schärfsten Begegnung zu tun bekommen. An der Regierung aber liegt es, die unteren Behörden mit demokratischem Geist zu erfüllen und sie anzuhalten, mit aller Schärfe den Ausschreitungen des Faschismus, im Interesse der Demokratie und im Interesse des Staates, rücksichtslos entgegenzutreten.

Die Aufgabe unserer Partei aber ist es, mit aller Kraft den Kampf gegen die faschistische Meute innerhalb unserer Staatsgrenzen zu führen. Jeder Sozialdemokrat sei sich dessen bewußt, daß er ein Soldat im Ringen gegen die braune Mordpest ist und daß die Stunde erhöhte Bereitschaft erheischt. Wir werden das Stück Freiheit, das wir uns hier erhalten haben, mit Zähnen und Klauen verteidigen und wer sich uns entgegenstellt, wird lernen, daß es noch judendeutsche Arbeiterfäuste gibt!

Gleichschaltung des sudetendeutschen Buchereiwesens

Macht Ordnung?

Die Situation im öffentlichen Buchereiwesen ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die meisten Buchwart-völkische Lehrer und offene oder versteckte Nationalsozialisten sind. Die Buchereiräte entsprechen oft nicht der Zusammensetzung der Gemeindevertretung und insbesondere sind wenige Genossen darin vertreten. Der Buchwart hat allein die Auswahl und den Einkauf der Bücher über und nützt diese Stellung einseitig aus, die Weisungen der übergeordneten Stellen, insbesondere aber die letzten volkserzieherischen Erlässe des Schulministeriums frech mißachtend. Ueberdies sind oft von den Gemeinden mit den Ortsgruppen des Bundes der Deutschen Verträge abgeschlossen worden, die eine einseitige Förderung der Bundesbuchereien bezwecken.

Eine kleine Auswahl:
Bucherei Tetschen — obwohl die Bucherei sehr wenig moderne Werke enthält, schafft der Buchwart 10 Stück Hitler: „Mein Kampf“ an.
Bucherei Bodenbach und Aulitz — im öffentlichen Lesezimmer liegt die Heftzeitschrift „Brennereise“ auf.

Bucherei Brüx — das SA-Buch Peter Koch: „Auch du mußt mit, Kamerad“ liegt auf und eine Reihe ähnlicher SA-Bücher. Der Buchbeirat bestellte dafür die „Freiheit“ (sozialdemokratisches Tagblatt) ab.
Bucherei Risch — die Sozialdemokraten werden aus dem Buchereirat verdrängt. Der nationalsozialistische Buchereirat erzwang vom Buchwart die Aufnahme von Tendenzbüchern.

Diese Tatsachen ließen sich noch durch weitere Fälle vermehren. Sie genügen aber, um aufzuzeigen, welche Wichtigkeit die Ueberwachung der öffentlichen Buchereien und ihrer Gebarung in der heutigen Zeit hat. Die Gleichschaltung der volkserzieherisch wichtigen öffentlichen Buchereien muß mit aller Kraft verhindert, die Schuldigen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Das Ordnung-Machen ist eine Aufgabe der sozialdemokratischen Volksbildner.

Die Kommunisten als Helfer der Bourgeoisie.

Man weiß, daß es der sehnlichste Herzenswunsch der Bürgerlichen wäre, die Sozialdemokraten aus der Regierung hinauszubringen, um dann ungehindert die reaktionären Pläne verwirklichen und etwa im Sinne des Herrn Dollfuß notverordnend die breiten Massen dem größten Elend ausliefern zu können. Im Zusammenhang mit der Revellisierung des Center Systems betreiben nun die Kommunisten eine derart wüste Hetzkampagne gegen die Sozialdemokratie, daß sie damit sogar die „Spitzenleistungen“ der reaktionären Presse noch überreffen. Wenn sie nicht von allen Göttern verlassen sind, so müssen sie sich wohl darüber im klaren sein, daß ihr ganzes Maulaufreißen nur deshalb möglich ist, weil die Sozialdemokratie auch für die Freiheit ihrer Meinungsäußerungen kämpft, wenn sie sich bemüht, die machtpolitischen Positionen der Arbeiterklasse in der Republik zu halten. Sie sind die Nutznießer der gar nicht bequemen, dafür aber von verantwortlichen Gesichtspunkten geleiteten Politik der Sozialdemokratie. Aber sie danken das Opfer der Sozialdemokratie mit Beschimpfungen, Verleumdungen und Verdächtigungen, sie bemühen sich, überall Mißtrauen zu säen und aus der gegenwärtigen Notlage der breiten Arbeitermassen für sich Kapital zu schlagen. Die Arbeiterschaft freilich hat schon längst erkannt, daß ihr von diesen Schaumbläsern keine Hilfe kommen kann und alle „Aktionen“, welche die Kommunisten großmäulig angekündigt haben, sind bisher jämmerlich verfrachtet. Was sie fertigbringen, das sind ein paar Proteste, von denen sie selbst wissen, daß

sie nutzlos sind, und zur Führung eines praktischen Abwehrkampfes sind sie einfach unfähig, weil man mit unorganisierten Leuten einfach keinen Kampf führen kann.

Aber wenn unser Unterstützungssystem der Arbeitslosen so schlecht ist, warum führen uns denn eigentlich die Kommunisten nicht als Beispiel des Systems der Arbeitslosenunterstützungen in Sowjetrußland vor? Dort muß es doch sicherlich für den Arbeitslosen ein Vergnügen sein, sich vom Staate in weisheitsvoller Weise unterstützen zu lassen? Die Kommunisten wissen sehr wohl, warum sie das nicht tun:

In Rußland wurde nämlich zwar 1922 ein sehr modernes und soziales Gesetz über die Unterstützung der Arbeitslosen geschaffen, aber seine Wirksamkeit wurde im Oktober 1930 ausgeföhrt.

Damals hat man die Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland „liquidiert“ und alle weiteren Unterstützungszahlungen an Arbeitslose eingestellt. Seitdem gibt es in Rußland offiziell keine Arbeitslosen und wer etwa doch das Unglück haben sollte, aus irgendeinem Grunde aus dem Betriebe hinauszufallen, der ist ein „Saboteur“ und wird höchstens eingesperrt. Wir geben ohne weiteres zu, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland erheblich geringer ist als in den kapitalistischen Staaten; desto eher wäre es aber wahrseheinlich möglich, die Arbeitslosen besser zu unterstützen, als dies in den Staaten mit Massenarbeitslosigkeit möglich ist. Doch das fällt der auf Arbeitslosigkeit so scharf eingestellten Sowjetregierung gar nicht ein, sondern sie deklarieren einfach, daß es in dem ungeheuren Rußland keinen einzigen Arbeitslosen geben

Erklärung.
 Mit Bezug auf den in unserem Blatte vom 25. August 1933, Seite 2, erschienenen Artikel „Großhändler stoßen vor“, erklärt die gefertigte Redaktion, daß sie die gegen Herrn Paul Reimann, Redakteur in Prag, gerichteten Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns widerrufen und dem Genannten hiermit volle Genugtuung leistet. — Die Redaktion.

darf, und weil nach Wilhelm Busch „doch nicht sein kann, was nicht sein darf“, so sind eben alle Arbeitslosen Faulenzer: genau so, wie sie auch unsere bürgerliche Presse tituliert. Man sieht, daß kommunistische Theorie und Praxis zwei grundverschiedene Dinge sind. Darum werden wir uns aber von den theoretisierenden und spintisierenden Kommunistenjüngelchen nicht erziehen lassen, wie wir unsere praktische Politik durchführen sollen. Sie mögen ihren Vorgesetzten in Moskau Ratsschläge erteilen, wenn sie dazu den Mut aufbringen, was wir sehr bezweifeln. Uns aber sollen sie endlich mit ihrem Geschwätz in Ruhe lassen, weil es der Arbeiterklasse nur Schaden bringen kann.

Das ist der nationale Sozialismus!

Vor wenigen Tagen las man, daß in Deutschland in Verfolg der Arbeitslosenverminderung auch das Mittel der Arbeitszeiterfüllung angewendet werden soll. Wie das praktisch aussieht, beweist der erste Tarifvertrag aus dem „Dritten Reich“, welcher von der Monopolkongressgewerkschaft in Leipzig für das Gastgewerbe abgeschlossen wurde.

Die bisherige von den freien Gewerkschaften garantierte zehnstündige Arbeitszeit wurde auf 16 Stunden erhöht! Die bisherige Barlohnbezahlung für das Bedienungspersonal, die mit RM. 2.15 per Woche als sehr minimal angefaßt war, wird durch folgende Bestimmung geändert:

„Eine besondere Barzahlung des Mehrarbeitszuschlages erfolgt nicht, wenn er durch die Umsatzprozente gedeckt ist!“

Die Bezahlung von Ueberstunden hört damit praktisch auf. Die Ferien werden bei sechszehntiger Bezahlung im Maximum von bisher 15 Tagen auf 10 Tage pro Jahr reduziert. Die Aushilfsstellen werden mit einfaehem Stundenlohn ohne Aufschlag unter gleichzeitiger Verrechnung für mehrere Tage bezahlt. Die Arbeitgeber machen sich die reglementierten Trinkgelder zunutze. Ganz besonders stark werden junge Arbeitskräfte betroffen. Eine weitere Verschlechterung ist, daß die bisherigen unabhängigen Verträge, eine Abdingbarkeit zulassen. Die Kündigungsfrist betrug bisher eine Woche. Jetzt kann der Unternehmer stänblich sein Personal auf die Strafe setzen. Also ist der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Und da wollen uns die völkischen Organisationen hierzulande sagen, daß sie nur Arbeiterinteressen vertreten, während ihre Brüder im „Dritten Reich“ schon praktisch an der Arbeit sind, und die Sklaverei im deutschen Gastgewerbe wieder einführen. Gift da „Heil“ oder „Pfui“ den Taten solcher Leute?

Tunesien im Fieber

Von Walter Kolarz
 I. Der Bey regiert — Frankreich diktiert

„Es gibt keinen Gott außer Gott, und Mohammed ist sein Prophet.“ Die französischen Kolonialisten haben diesen Fundamentalsatz des Korans, der zur geistigen Grundlage aller Staaten des Orients und auch Tunesiens wurde, durch einen andern ersetzt: „Die französische Republik ist einheitslich und unteilbar und Tunesien ist ihr Protektorat.“

Nur das Wort „Protektorat“ ist hinsichtlich Tunesiens anwendbar, denn wer glaubte, wir sprächen hier von einer französischen Kolonie, der irrt. Tunesien ist ein selbständiger Staat, nur — und in dieser Einschränkung liegt das Wesentliche an der herrschenden Regierungsform — daß einige souveräne Rechte der französischen Regierung übertragen sind, die von dieser unmittelbar durch einen Generalresidenten ausgeübt werden. Als im Jahre 1881 Tunesien durch französische Truppen besetzt worden war, wurde der Bey von Tunis gezwungen, den geschaffenen Zustand anzuerkennen. Der geschaffene Zustand, formuliert durch die Verträge von Bardo und Moria, das war das Protektorat. Der Kolonialismus hat, um sich schamhaft zu verdecken, neuen Worten das Leben gegeben, nach dem Kriege den „Mandaten“, vor dem Kriege den „Protektoraten“.

Protektorat, wenn man der ursprünglichen Bedeutung des Wortes Vertrauen schenken könnte, es wäre nicht einmal so schlecht. Eine Nation beschützt die andere, hilft ihr bei ihrer kulturellen Entwicklung; sogar für einen sozialistischen Staat wäre das eine annehmbare Form des Kolonialismus. Doch die dem tunesischen Protektorat zugrundeliegenden Verträge sind nicht das Ergebnis einer freien Einigung zwischen zwei Völkern, sie sind zwischen den Beauftragten der französischen Republik und der herrschenden Dynastie abgeschlossen worden, nicht zum Schutze des Volkes, sondern zum Schutze des Bey vor seinem Volke und zum Zwecke, die französische Vorherrschaft in Tunis in eine Form zu kleiden, die die wahren Absichten verschleierte. Das Volk soll glauben, der Bey regiere. So wahr: man die Etikette, man beläßt Tunesien die rote Fahne mit dem Halbmond und die Gehege des Landes werden durch die Formel eingeleitet:

„Wir, Ahmed Pascha Bey, Besitzer des Königreiches Tunis...“

„Allerdings, wir lesen auch den Zusatz: ... Nach dem wir uns der Zustimmung der französischen Regierung versichert haben.“

Dieser Dualismus charakterisiert die französische Politik, Dualismus allerdings nur nach außen und als Theaer, denn unter der Form einer scheinbaren Kontrolle verbirgt sich die wirkliche französische Herrschaft.

Der Ministerpräsident und drei andere Minister sind der tunesischen Bevölkerung entnommen, alle sind sie Offiziere der Ehrenlegion und schwer behangen mit französischen Orden, die anderen Ministerien stehen unter französischen Direktoren. Aber auch die erlännten haben Aufsichtsborgane zur Seite. Das gleiche Bild zeigt sich in der Provinzialverwaltung: der Kaiser, der die Fülle der politischen und judiziellen Gewalt in sich vereinigt und durch keine Volksvertretung in seiner Tätigkeit eingegrenzt wird, ist stets Tunesier. Doch er, wie der ihm unterstellte Scheich, sind ununterscheidbar an der Aufrechterhaltung der französischen Vorherrschaft interessiert, da jeder von ihnen 5 Prozent der eingetribenen Steuern erhält. Abgesehen davon, daß es sich also von vornherein

um vom Imperialismus korrumpierte Elemente handelt, sind sie der Beaufsichtigung der französischen Zivilinspektoren unterstellt, die gegen sämtliche Maßnahmen der einheimischen Beamten ihr Veto einlegen können.

Beim „Parlament“ Tunesiens wird nicht einmal mehr die Form gewahrt, es besteht aus einer französischen und einer tunesischen Sektion. Die letztere wird zu einem Teil von den Steuerzahlernden Bürgern gewählt und zum andern Teil aus den Notabeln, den letzten Ueberresten einer einheimischen und regierungstreuen Bourgeoisie, ernannt. Das einzige Recht, das diesem famosen Parlamente zukommt, ist die Abstimmung über das Budget, wobei es aber nur ein bloß angenommen oder abgelehnt werden kann. Änderungen dürfen nicht vorgenommen werden. Gerade Änderungen hätte das tunesische Budget wohl dringend nötig, denn seine gegenwärtige Bestimmung ist es, mit den Mitteln der einheimischen Bevölkerung, die drei Fünftel der Steuersumme stellt, die Machtstellung des Imperialismus zu festigen und die Kolonisierung des Landes durch Europäer und damit die Expropriation der Tunesier zu fördern. 60 Prozent des Budgets werden für die Beamten verwendet, die zum überwiegenden Teile — in der Zahl von 16,000 — Franzosen sind. Tunis ist ein französischer Beamtenstaat geworden. Doch in Tunesien sind Beamte nicht jene ausgebeuteten gehetzten Wesen, wie wir sie in Mitteleuropa kennen, sie erhalten gegenüber ihren französischen Kollegen das „koloniale Drittel“ mehr und dazu noch 43 verschiedene Sonderentschädigungen, von denen bis zu zwanzig einer Person zukommen können. Außerdem steht jedem Beamten ein Urlaub zu, der regelmäßig die Zeit von sechs Wochen übersteigt. Da der Urlaub in Frankreich zugebracht wird und dort alle wichtigen Anschaffungen gemacht werden, geht ein großer Teil des für die Beamten aufgebrauchten Geldes dem Lande verloren, trotzdem

das Defizit der französisch-tunesischen Handelsbilanz, das eine Milliarde Frank betragt, schon groß genug wäre. Das tunesische Volk drückt also die schwere Last einer dreifachen Ausbeutung von Seiten der französischen Kapitalisten und von der das Land beherrschenden Beamtenaristokratie.

Es ist leicht vorstellbar, wieviel Geld für alles andere zusammen übrigbleibt, wenn die öffentlichen Mittel in ihrer Mehrheit von den Beamten aufgefressen werden, es ist besonders leicht vorstellbar, wieviel man für die Hebung des kulturellen Niveaus der einheimischen Bevölkerung verwendet. „Es ist nicht wahr, daß wir 90 Prozent Analphabeten haben,“ sagt uns ein Tunesier, „wir haben 97 Prozent.“ Die Uebildung der Massen beruht nicht etwa nur auf Versäumnissen der feudalen Vergangenheit des tunesischen Landes, auch im gegenwärtigen Zeitpunkt finden nur etwa 20 Prozent der Kinder im Alter von vier bis zwölf Jahren in den arabischen Schulen Unterschlupf, ein Zeichen, daß auch auf Jahre hinaus an eine wesentliche Besserung der kulturellen Verhältnisse nicht zu denken sein wird. Selbst, wenn private Wohlthäter Schulen errichten wollen, verweigert man ihnen die Erlaubnis mit dem Hinweis darauf, daß der Staat nicht imstande sei, ihr Werk fortzuführen. Wenn ein Tunesier die Mittelschule besuchen will, so muß er ein französisches College aufsuchen, mit dem Endeffekt, daß er beim Verlassen der Schule zwar die französische Kultur in sich aufgenommen hat, aber nichts von der Geschichte und der Literatur seines Volkes weiß, ja oft nicht einmal die arabische Schrift kann. Nicht nur die Sprache des Unterrichtes ist französisch, auch der Geist ist es und der kleine Araber lernt in der Geschichtsstunde: „Unsere Vorfahren waren Gallier.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Spannung in Fernost

Wie leben in Mitteleuropa. Es ist verständlich, daß dieser Regenkeßel fast ausschließlich unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht. Zuviele Gefahren sind hier zusammengeballt und dennoch beschwört die innere und äußere Politik des faschistischen Regimes in Deutschland täglich neue heraus. Die Arbeiterklasse darf die Entwicklung auf diesem zweitkleinsten Kontinent unserer Erde nicht aus dem Auge lassen, sie muß bereit sein, sie — aktiv handelnd — entscheidend zu beeinflussen.

Die Pariser Beratungen unserer internationalen haben gerade darüber Klarheit schaffen wollen. Es mußte eben darum auch die allgemeine weltwirtschaftliche und weltpolitische Entwicklung der jüngsten Zeit in die Betrachtung einbezogen werden. Denn noch immer gilt, daß der Kampf des sozialistischen Proletariats, auch wenn er innerhalb einer Nation und innerhalb eines Staates geführt wird, ein internationaler Kampf ist, und nur unter Berücksichtigung der internationalen Faktoren mit Erfolg geführt werden kann.

Seit Jahren schon ist der Ferner Osten in der Weltpolitik ein Gefahrenzentrum. Es ist Japan, der mächtige imperialistische Staat Asiens, das mit den Allüren seiner europäischen und seiner amerikanischen Vorbilder zu immer neuen Konflikten mit anderen Staaten treibt. Japan hat in den letzten vierzig Jahren in raschem Tempo seine kapitalistische Entwicklung durchgemacht. Unheimlich beschleunigt wurde dieses Tempo während des Krieges und in den allerersten Jahren nach dem Weltkrieg. Wie in anderen Ländern, so wurde auch der jungen kriegstropenden Kapitalistenklasse das eigene Vaterland zu eng. Außerhalb seiner Grenzen mußte sie Kolonien haben. So wurde Korea und Formosa erobert. Aber die gelehrigen Schüler der deutschen, englischen, amerikanischen, französischen, russischen und italienischen Imperialisten schielten verlangend auf das gewaltige China. Chinesische Generale haben jahrelang chinesische Bauern und Kulis in den Bürgerkriegen hingejagt. Nicht für chinesische Interessen. Die da in Waffen im Feuer der Maschinenwelle und Geschütze, an den Spitzen der Bajonette aus amerikanischen, japanischem, englischem und französischem Stahl haben, fielen als Opfer des gewaltigen Ausstößens der imperialistischen Interessengruppen zwischen Japan und den alten kapitalistisch-imperialistischen Mächten.

In den Jahren, in denen in Europa und Vorderasien ganze Erdstriche in Schlachtfelder verwandelt waren, konnte Japan vor allen anderen in China einen bedeutenden Vorsprung erzielen. Aber auf der ersten Seecabrierungskonferenz nach dem Kriege, die 1921 in Washington stattfand, mußte es unter dem Druck Amerikas seine bezogenen Positionen zum größten Teil wieder aufgeben. Das Erwachen Chinas, seine großartig einschneidende nationale Revolution, hatte die japanischen Imperialisten zunächst in eine abwartende Haltung gedrängt. Aber kaum, daß sie verfaßt war, brach die alte Angriffslust bei ihnen wieder durch.

Die mächtige Militärlaste erzwang unter zögern dem Vorwand den Einmarsch in die Mandschurei. Von wehleidigen und unschuldigen Bekehrungen vor dem Völkerbund begleitet, besetzten die Japaner die ganze Mandschurei. Schließlich krönten sie ihre unverhüllte Raubpolitik mit einer zynischen Satire: sie erhoben die gewaltvoll besetzte chinesische Provinz zu einem „unabhängigen“ Staat! Die Welt lachte — aber die japanischen Imperialisten und Militaristen hatten gesiegt.

Sowjetrußland hat ihnen bei der Sicherstellung der Beute besondere Hilfe geleistet. Es hat die Selbständigkeit des japanischen Vassallenstaates Mandschukuo zuerst anerkannt und kurz darauf an Japan den russischen Anteil an der Südmandschurischen Eisenbahn verkauft. Diese Haltung und die Schwächung Amerikas durch die Wirtschaftskrise, hat die Japaner schon jetzt ermutigt, das Komödientenspiel zu beenden. Eben wird gemeldet, daß zwischen japanischen und mandschurischen, also auch japanischen Industriellen, eine Verständigung über die handelspolitische Vereinigung Mandschukuos mit Japan, als Vorstufe der endgültigen Vereinigung erreicht worden sei!

Aber der Hunger der asiatischen Imperialisten ist damit keineswegs gestillt. China ist groß und noch manches Stück möchten sie aus seinem Leibe reißen. Und im Stillen Ozean liegen strategisch wichtige Inseln, die bei einer gewaltigen Ausrottung der imperialistischen Gegensätze mit Amerika Japan recht unbequem werden können. Da gibt es das vom englischen Mutterland so weit entfernt liegende, wenig bevölkerte britische Dominion Australien, das die Japaner für vorzüglich geeignet halten zur Aufnahme ihres Bevölkerungsoberflusses. Vorläufig kommen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und aus Japan Meldungen über gewaltige Flottenrüstungen. Auch England ist dabei und selbst die Australier, deren Schuß bisher ganz bei England liegt, treiben Rüstungspropaganda. Keiner will zurückstehen. Japan bombardiert zudem die Warenabnahmorte mit seinen billigen Produkten und verschärft damit die alten Gegenjähre.

So treibt die Entwicklung in Fernen Osten zu einer neuen gewaltigen Entladung, und es gibt drüben und auch in Amerika keine sozialistischen Massenorganisationen, die sie aufhalten könnten.

Neun Arbeiter sollen hingerichtet werden!

Düsseldorf, 7. September. Im Nordprozess Hilmer wurde heute vormittags das Urteil gefällt. Neun Angeklagte, durchwegs Arbeiter, wurden zum Tode, ein Angeklagter zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zwei Arbeiter wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen alle zwölf Angeklagten die Todesstrafe beantragt.

Die Verurteilten hatten nach der Darstellung der Anklage am 20. Juli in Erkrath einen Arbeiter auf Nationalsozialisten verübt, bei dem SS-Mann Hilmer erschossen und der SS-Mann Groß verletzt wurde.

Noch zwei weitere Opfer

Königsberg, 7. September. Die Staatsanwaltschaft beantragte wegen Mordes an dem SA-Mann Hölger gegen die Angeklagten Janig

und Siedelmann die Todesstrafe. Bei dem dritten Angeklagten wurde auf Freispruch plädiert. Als der Angeklagte Siedelmann den Antrag des Staatsanwaltes hörte, brach er ohnmächtig zusammen.

... aber jede Tiermißhandlung bricht Goering das Herz!

Zu Tränen gerührt ob der Tierfreundlichkeit des Blutbundes Goering muß jeder werden, der folgende offizielle Meldung aus Berlin liest:

Ministerpräsident Göring hat auf Grund der Vereinbarungen zwischen den Tiersehern und den Vertretern der Wissenschaft bis zum Erlaß des Reichstierschutzgesetzes den Begriff der verbotenen Vivisektion dahin festgelegt, daß als Vivisektion anzusehen ist die Zerschneidung des lebendigen, unbetäubten Tieres sowie die Operation am lebenden Tier, sofern bei gleichen oder ähnlichen Eingriffen am Menschen allgemeine oder lokale Anästhesie in der Regel zur Anwendung gelangt, bezw. durchführbar ist. Der Vivisektion sind auch gleichzustellen unblutige

Tierversuche am unbetäubten Tier, die mit einer Mißhandlung verbunden sind. Wissenschaftliche Tierversuche dürfen in wissenschaftlich geleiteten Institutionen unter Verantwortlichkeit des Institulleiters ausgeführt werden und nur dann, wenn wissenschaftliche Erwägungen einen bestimmten Erfolg versprechen. Sie sind zu unterlassen, wenn die vorliegende Frage bereits geklärt ist.

Aber Viechische Mißhandlungen der politischen Gegner in den SA-Kasernen und in den Konzentrationslagern, ungeschälte Erziehungungen „auf der Flucht“ usw. — das ist etwas ganz anderes! Da hört sich das heiße Witzegefühl Goerings und all der anderen Hakenkreuzbesten mit der aktuellen Kreatur auf einmal auf!

Starhemberg fühlt sich schon als fascistischer Diktator Oesterreichs

Geschwollene Reden oder Dolchstoß Mussolinis gegen Dollfuß?

Wien, 7. September. Der Führer der österreichischen Heimwehren Starhemberg ist heute mittels Flugzeug aus Italien, wo er von Mussolini wiederholt in Audienzen empfangen wurde, in Wien eingetroffen. Der Gegenstand der Verhandlungen mit Mussolini wird streng geheim gehalten; er läßt sich jedoch unschwer aus einem Telegramm erschließen, das Starhemberg ganz nach der Gepflogenheit offizieller Staatsmänner heute bei Verlassen des italienischen Bodens an Mussolini gerichtet hat. In diesem Telegramm verspricht Starhemberg nichts weniger als die Gleichschaltung Oesterreichs an den italienischen Faschismus. Er sagt nämlich darin:

„Ich bin mit ganzer Seele befreit, Oesterreich dem System Cavour anzugliedern, und verspreche, dieses Ziel mit aller Kraft in nächster Zeit zu verwirklichen.“

Bei der Ankunft in Wien erklärte Starhemberg auf eine Begrüßungsansprache des Sicherheitsministers Feh, er stehe jetzt noch unter dem Eindruck alles dessen, was er in Italien gesehen

und erlebt habe. Nur ein fascistisches Regime könne derartiges erreichen, und in ihm sei der Eindruck verstärkt worden, daß man unter allen Umständen danach trachten müsse, daß auch in Oesterreich dasselbe System zur Herrschaft gelange. Der Heimatschutz habe stets diese Meinung vertreten und er könne heute nur sagen, daß diese Meinung richtig sei. „Ich kann versichern“, erklärte er, „daß das fascistische Italien in unserem Kampfe auf unserer Seite steht und uns in diesem Kampfe unterstützen wird. Schulter an Schulter hoffe ich in gemeinsamer Arbeit auch Oesterreich dem gleichen Ziel entgegenzuführen.“

Dollfuß glaubt sich noch sicher!

Die Gerüchte über Rücktrittsabsichten des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß oder der österreichischen Bundesregierung entbehren noch einer offiziellen Verlautbarung jeder Grundlage. Der große Wiener Katholikentag und die damit verbundene Fackelprozession würden der Welt zeigen, daß die Regierung Dollfuß heute stärker denn je in der gesamten österreichischen Bevölkerung verankert sei.

Papen kommt nach Wien?

Wien, 7. September. Heute wurde in politischen Kreisen die Nachricht verbreitet, daß der reichsdeutsche Botschafter von Papen zum Katholikentag nach Wien kommen will. Der österreichischen Regierung ist jedoch von diesem Plane vorläufig noch nichts bekannt.

Nazi-Flugzettel vom Stephansturm

Heute um 4 Uhr nachmittags wurden von nationalsozialistischen Elementen vom Stephansturm Flugblätter abgeworfen. Die Flugzettel trugen ein großes Hakenkreuz und den Text eines hochverräterischen Gedichtes. Sofort nach der Auffindung der Zettel begaben sich Polizeibeamte auf den Stephansturm und durchsuchten alle Stiegen und Nischen, doch konnte von den Tätern keine Spur gefunden werden.

Anscheinend halten die Hakenkreuzler den Katholikentag, der heute in Wien eröffnet wurde, für ihre Propaganda besonders geeignet. Sie verbreiten auch Gerüchte, daß dies nur ein Auftakt zu größeren Aktionen sei, die angeblich am 15. d. M. ihren Höhepunkt erreichen sollen.

Ein neues Bombenattentat

In der oberösterreichischen Gemeinde Scharndenberg warfen unbekannte Täter vorgestern nachts eine Bombe gegen das Haus des dortigen christlichsozialen Bürgermeisters Hinzl. Die Bombe war zwar gegen die Fenster des Schlafzimmers des Bürgermeisters geworfen worden, streifte aber durch einen glücklichen Zufall einen Baum und explodierte noch auf der Gasse. Bei der Explosion wurden zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert und andere geringere Schäden verursacht. Unter dem Verdachte, die Tat begangen zu haben, verhaftete die Gendarmerie einen Nationalsozialisten.

Ein Hakenkreuz-Braunbuch

Wien, 7. September. Heute erschien im Verlag der Oesterreichischen Staatsdruckerei das bereits angekündigte Braunbuch „Hakenkreuz gegen Oesterreich“, das vom Bundeskanzleramt herausgegeben wurde.

Sir Eduard Grey gestorben



London, 7. September. Nach mehrtägigem Todeskampf ist heute der britische Staatsmann Viscount Grey of Fallodon (Sir Eduard Grey) im 72. Lebensjahr gestorben.

Seine politische Tätigkeit hat Sir Eduard Grey schon mit 23 Jahren als liberales Unterhausmitglied begonnen; sein Hauptangewandtes war seit jeder der Außenpolitik gewidmet. 1892 bis 1895 war er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt; im Jahre 1905 übernahm er das englische Außenministerium, das er bis 1910, also bis tief in den Krieg hinein, leitete. Im allgemeinen hielt Grey an den Grundzügen der Politik seines Vorgängers Lansdowne fest. Die leitende Idee dieser Politik war der Wille, Frankreich und womöglich Rußland den damaligen Zentralmächten Europas gegenüber politisch und wenn nötig auch militärisch zu unterstützen, um der befürchteten deutschen Hegemonie das „europäische Gleichgewicht“ entgegenzusetzen. Als die Dinge im Jahre 1914 zum Kriege trieben, war es im Sinne der bisherigen englischen Politik nur folgerichtig, daß Grey, dessen Vermittlungsaufträge bis zum letzten Augenblick ehrlich gemeint waren, sich für den Eintritt Englands in den Krieg entschied, als Bethunin-Vollweg am 4. Aug. im Reichstag die Besetzung Belgiens ankündigte und damit mit einem Schlage die ganze öffentliche Meinung Englands gegen sich aufbrachte. Später erschröckte jedoch der Eintritt der Türkei und schließlich auch Bulgariens in den Krieg auf Seite der Zentralmächte Greys Stellung derart, daß er im Jahre 1916 zurücktrat. Ein schweres Augenleiden, das sich später zu fast völliger Blindheit steigerte, bot den äußeren Anlaß. Nach dem Krieg war er kurze Zeit Sonder-Gesandter in Washington, trat aber zurück, als es ihm nicht gelang, mit dem Präsidenten Wilson in entsprechende Beziehungen zu kommen. Bis 1924 war er dann Führer der Liberalen im Oberhaus. Seither lebte er ganz zurückgezogen und fast blind auf seinen großen Besitzungen in Northumberland.

Neue Gegenrevolution auf Kuba bevorstehend?

Washington, 7. September. Nach einer Meldung aus Havanna kursieren Gerüchte, daß binnen kurzem eine Gegenrevolution ausbrechen werde. Es werden allgemeine Befürchtungen gehegt, daß der ehemalige Präsident von Kuba, General Menocal, welcher hauptsächlich von den Studenten unterstützt wird, welche die gewalttätige Absetzung der Regierung Cespedes mißbilligen, einen staatlichen Umsturz durchführen will.

Die Verhandlungen zwecks Annäherung der revolutionären Gruppen und Bildung einer Konzentrationenregierung sind gescheitert. Die neue provisorische Regierung hat bekanntgegeben, daß sie sich stark genug fühle und des Erfolges sicher sei.

Nach Berichten aus Havanna hat die revolutionäre Junta erklärt, sie widerstehe sich jeder Intervention der USA. Im Übrigen habe sie beschlossen, die sogenannte „Walt-Klausel“ des Verfassungsentwurfes zu beseitigen, wonach die Vereinigten Staaten berechtigt seien, sich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf Kuba einzusetzen.

Die revolutionäre Junta hat ferner eine Proklamation veröffentlicht, in der sie der Bevölkerung verspricht, daß nunmehr Ruhe und Ordnung wieder eintreten und die an dem Aufstand beteiligten Truppenteile wieder dem Kommando ihrer ordentlichen Vorgesetzten unterstellt würden.

USA-Bankiers verlangen Währungsstabilisierung

Washington, 7. September. Zu einem Vorstoß gegen die Währungspolitik der Regierung Roosevelt holen die in Chicago versammelten Bankiers aus, indem sie die Ernennung einer Währungskommission mit Befugnissen für die ganze Union fordern. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, von dem amerikanischen Volk eine Weiterführung der Wirtschaft zu verlangen angesichts derartiger instabiler Geldverhältnisse, wie sie zur Zeit herrschen. Regierung und Kongress werden nachdrücklich ersucht, sich aller Experimente mit einer manipulierten Währung zu enthalten.

Oesterreichische Freizone im Triester Hafen

Paris, 7. September. Wie der römische Berichterstatter des „Temps“ mitteilt, scheint die Errichtung einer österreichischen Freizone im Triester Hafen eine fertige Sache zu sein. Mussolini habe bei der Unterredung in Riccione dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß schnelle Maßnahmen für Verwirklichung dieses Planes getroffen werden.

In italienischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Triester Hafen eine starke Belebung erfahren und seine nach dem Kriege gekunkene Bedeutung wieder erreichen wird. Man erwartet, daß ein großer Teil der österreichischen Waren, der in der letzten Zeit über Hamburg befördert wurde, nunmehr über Triest dirigiert werden wird. Besonders aber wird eine große Belebung des Triester Hafens nach der Verwirklichung der neuen Wirtschaftsorganisation Mitteleuropas und nach der Einigung der Tschchoslowakei mit Italien hinsichtlich der Beförderung der tschechischen Waren über Triest erwartet. In Italien ist man der Ansicht, daß Triest dann ein Handelsverkehrszentrum für ganz Mitteleuropa werden könnte.

Ein Pole von Danziger Nazis erschossen

Warschau, 7. September. Wie die Blätter aus Danzig melden, wurde in der in der Nähe von Danzig gelegenen Stadt Styblau der polnische Staatsbürger Wardyna während eines Streites mit einigen Nationalsozialisten von diesen erschossen. Die Danziger Polizei veröffentlicht über diesen Vorfall ein Communiqué, in dem behauptet wird, daß Wardyna einen Nationalsozialisten mit einem Messer bedrohte und der Nationalsozialist in Notwehr handelte. Die polnischen Blätter, die über diese Angelegenheit berichten, behaupten jedoch, daß das Communiqué der Danziger Polizei nicht der Wahrheit entspricht. Wardyna sei in Wirklichkeit von einer nationalsozialistischen Sturmabteilung erschossen worden.

Tagesneuigkeiten

Reservat-Rundschreiben Nr. 51her

der DNZAP. (Tarnungsabteilung). An alle Ortsgruppen! Parteigenossen!

Es mehren sich in letzter Zeit in erschrecklicher Anzahl die Fälle, daß Pg. unsere Beziehungen zur reichsdeutschen Bruderpartei immer noch aufrecht erhalten, obwohl wir sie offiziell doch längst abgebrochen haben. Diese Disziplinlosigkeit ist unso entschieden zu verurteilen, als sich die Betreffenden dabei auch noch häufig erwischen lassen. Wir machen unsere Deutschland-Kuriere und N.A.-Verbindungsleute nochmals mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß unser Führer unter solchen Umständen wegen der Folgen, die für ihn daraus entstehen können, keinerlei Verantwortung mehr übernimmt, sondern künftighin, wenn solche Dinge öffentlich bekannt werden, rücksichtslos mit dem rückwirkenden Ausschluß aus unserer herrlichen Partei vorgehen wird. Es kann nicht länger geduldet werden, daß jugendliche Elemente die Loyalität unseres unerschrockenen und tapferen Führers dazu mißbrauchen, um abenteuerliche Extratouren zu machen, die unsere Bewegung in das schlechte Licht der bewundernswerten reichsdeutschen Feuerwerkspartei bringen müssen. Die Ortsgruppenleiter werden neuerdings dringend ermahnt, auf unsere Deutschlandfahrer dahingehend einzuwirken, daß sie bei ihrer revolutionären Anschließarbeit an das dritte Reich von nun ab äußerst vorsichtig sind, damit wir in Dax nicht in Schwierigkeiten geraten. Die Disziplinlosigkeit und Unachtsamkeit der erwähnten Pg. kommt uns in der gegenwärtigen Situation nicht nur äußerst unangelegentlich, sondern bedeutet zugleich förtlich den Dolchstoß in den Rücken der judetendenden Einheitsfront, in die wir aus höchst notwendigen parteipolitischen Gründen unser gleichgeschaltetes blühendes Bürgertum jetzt einwickeln wollen. Darum nochmals, Pg. haltet Disziplin ein, seid nicht so dumm wie der Petermichel, dem nie verziehen sei, daß er ein so schlechter Schüler unseres großen Lehrmeisters war.

Heil Hitler!

Für die DNZAP.: Der Tarnungsleiter: Dr. Wolf (im Schafspelz). Demos.

Eine Million Obdachloser!

Paris, 7. September. Die Agentur Indopacific meldet aus Hankow, daß in Honan 1400 Dörfer von Ueberschwemmungen heimgesucht wurden, und daß eine Million Einwohner obdachlos geworden sind.

Eine Krankenschwester als politische Mörderin.

Aus Sofia wird gemeldet: Das Zofioter Kreisgericht hat gegen die mazedonische Revolutionärin E. Konstantinoff, die wegen Ermordung des Protogerowanhängers Christa Trajanow angeklagt war, das Urteil gefällt und sie zu zehn Jahren Kerker verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für Zuerkennung mildernder Umstände plädiert, wodurch sich das verhältnismäßig milde Urteil erklären läßt. Die Konstantinoff, welche Pflegeschwester im Zofioter Krankenhaus war, hatte Trajanow, der nach einer Schießerei mit politischen Gegnern schwer verletzt in das Spital eingeliefert wurde, in seinem Bett erschossen.

Fünf polnische Bergleute verunglückt.

Kattowitz, 7. September. Auf der Grube Mognizow bei Sosnowitz ereignete sich ein schweres Grubenunglück. Auf der 400 Meter Höhe waren 12 Bergleute beschäftigt, als plötzlich ein Sturz der Firne erfolgte. Sieben Leute gelang es zu flüchten, während die übrigen fünf von herabstürzenden Kohlenmassen überrollt und verschüttet wurden. Trotz sofort eingeleiteter Rettungsarbeiten, die nur langsam fortschreiten, Sturz der Firne erfolgte. Sieben Leute gelangen, an die Verunglückten heranzukommen. Es besteht nur noch geringe Hoffnung, die Leute lebend zu bergen.

Faschistengruß — Schimpansengruß.

Desloch Bell, der frühere Gouverneur der englischen Kolonie Uganda, schreibt in der „Times“ über einen gefangenen Schimpansen: „Er pflegte, wenn ich mich seinem Käfig näherte, mir entgegenzukommen, ein gutturales Gegrünze von sich zu geben und seine rechte Hand sowie den Arm in der vorchristlich-mäßigen faschistischen Form zu erheben. Das erfolgte so oft und regelmäßig, daß ich mich genötigt sah, es als Form des Schimpansengrüßes anzunehmen.“ Bell meint, daß der Faschistengruß die anerkannte Grußform der Affen-Weiter sein dürfte.

Professor Dossauer in Lebensgefahr. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Professor Dossauer, ein Freund Brünnings, hat sich durch die rohe Behandlung anlässlich seiner dritten Verhaftung eine schwere Lungen- und Rippenfellentzündung zugezogen. Er wurde ins Gefängnislazarett befördert, wo er in erster Lebensgefahr schwebt.

Identifiziert! Ottilie Branská, ein Prager Dienstmädchen.

Der Schleier, der über dem grauenhaften Verbrechen in Prag lag, beginnt sich zu lüften. Nach tagelanger vergeblicher Anstrengung ist es gestern endlich gelungen, die Persönlichkeit der Ermordeten festzustellen.

Vormittags meldete sich bei der Polizei eine Frau, die nach der zuletzt ausgegebenen Photographie in der Toten ihre Schwester erkannt hatte. Fast gleichzeitig kam auf eine zweite Polizeiwache eine andere Frau, die ebenfalls angab, ihre Schwester zu erkennen. Als diese beiden Aussagen an die Polizeidirektion weitergeleitet wurden, stellte man dort fest, daß die beiden Zeuginnen Schwestern sind und ihre Mitteilungen sich auf ihre dritte Schwester beziehen. Schon dieses Zusammentreffen wies mit größter Wahrscheinlichkeit darauf hin, daß endlich die Agnoszierung gelungen sei. Die letzten Zweifel wurden nun schnell beseitigt. Am Anatomischen Institut bestätigte sich ihre Annahme. Die zwei Frauen sagten aus, daß ihre Schwester eine fast unsichtbare Narbe an der Nase gehabt habe. Der Obduktionsbefund bestätigte, daß auch bei der Ermordeten dieses Merkmal gefunden wurde. Ein untrüglicher Beweis sind aber Fingerabdrücke der Toten, die nach Bekanntwerden der Identifizierung von einer slowakischen Polizeistation eingeschickt wurden und mit den Fingerabdrücken der Toten genau übereinstimmen.

Das Opfer des geheimnisvollen Mordes ist die 22jährige Ottilie Branská, die in Brezno pod Hronom in der Slowakei geboren wurde und zuletzt bei einem Restaurateur in Prag-Weinberge bedienstet war. Sie kam am 1. März d. J. aus Sillein nach Prag. Vorher war sie in verschiedenen slowakischen Orten und wurde am 3. Oktober 1929 in Kysucké Nové Město unter dem Verdacht der Prostitution verhaftet. Damals wurde sie dachlospostiert und diese Fingerabdrücke sind es, die die Polizei nunmehr bei der Identifizierung verwenden konnte.

Nach einiger Zeit der Arbeitslosigkeit fand sie in Prag I. eine Stelle als Dienstmädchen. Ihre damalige Arbeitgeberin stellt ihr das beste Zeugnis aus und erzählt, daß die Branská nach zweieinhalb Monaten kündigte. Sie gab damals an, daß sie heiraten werde. Ob das nun erfinden war oder nicht, Tatsache ist, daß sie eine neue Stelle als Dienstmädchen bei dem Restaurateur Kaderábel in Prag XII. Arsonoská 17, annahm. Dort half sie manchmal auch bei der Bedienung der Gäste aus. Am 8. August verließ sie diesen Posten, ohne der Polizei einen neuen Wohnort anzugeben.

Zur Regelung der Sperrstunden im Handelsgewerbe. Am 5. September d. J. sprach eine Vertretung des Allgemeinen Angestellten-Verbandes Reichenberg und der Vereinigung der Gehilfenvertreter in Handel, Expedition und Export, Sitz Reichenberg, unter Führung des Landesvertreters Dr. Strauß beim Landespräsidenten Dr. Sobotta in Prag vor, um Wünsche zur Regelung der Sperrzeiten im Handelsgewerbe zu unterbreiten. Die Abordnung begründete eingehend das Verlangen, so lange die bereits dem Parlament vorliegenden Anträge auf gesetzliche Festlegung der Sechs-Uhr-Ladenperre nicht verabschiedet sind, wenigstens für alle Bezirke und Gemeinden, in denen die Geschäfte derzeit noch länger als bis 7 Uhr abends offen gehalten werden können, die Sieben-Uhr-Sperre anzuordnen, wie dies schon für eine Reihe von Bezirken und Gemeinden geschehen ist. Dabei ersuchte die Abordnung um ausdrückliche Erstreckung dieser Geschäftsperre auf alle sich mit dem Warenverkauf in für den Kundenverkehr bestimmten Räumen befassenden Gewerbe. Weiters wurde um Anordnung der vollständigen Sonntagsruhe in allen jenen Bezirken und Gemeinden ersucht, in denen sie noch immer nicht besteht. Schließlich wurde auch der Antrag auf Aufhebung der Ausnahmsbestimmungen für die Vorweihnachtssonntage und den Silvesterformtag wiederholt oder doch zumindestens um Gleichstellung von Böhmen außerhalb Prags mit Prag und Mähren-Schlesien ersucht, wo seit Jahren nur an einem Sonntag vor Weihnachten das Offenhalten der Geschäfte gestattet ist, ohne daß sich daraus Nachteile für die laufende Bevölkerung und für die Kaufmannschaft ergeben würden. Sollte dieser Ausnahmsformtag zugelassen werden, so wäre die Geschäftszeit auf 10 bis 17 Uhr festzusetzen. Zur Unterstützung des Vorbringens wurden ausführliche Eingaben überreicht. Der Landespräsident nahm die mündlichen und schriftlichen Darlegungen mit Interesse entgegen und versprach, sie der weiteren Behandlung zuzuführen.

Selbstmord eines Wiener sozialdemokratischen Abgeordneten. Donnerstag hat sich in Wien der sozialdemokratische Nationalrat Genosse Hermann Fischer erschossen. Fischer litt an einer höchst schmerzvollen chronischen Nervenkrankheit, die wahrscheinlich die Ursache seines Selbstmordes war. Er war von Beruf Schlosser, mehr als zwanzig Jahre erster Betriebsvertrauensmann bei den Siemens-Schudert-Werken, nach dem Umsturz Gemeinderat in Wien und seit 1932 Nationalrat.

Weltreise im selbstgebauten Flugzeug. Der Lette Herbert Cukus ist auf einem selbstgebauten Flugzeug von Riga nach Paris-Le Bourget geflogen und will nach und nach rund um die Erde fliegen. Den Grundstock seines Unternehmens bildet ein Flugmotor, den er als junger Bursche 1916 sozulegen „schwarz“, in seinem in Riga für zwei englische Pfund gekauft haben will und der von einem britischen Kriegsflyer stammt, das ein Deutscher bei Riga abgeschossen hatte. Schon möglich,

daß in der „großen Zeit“ sogar ein Aeronotor heimlich verschoben worden ist, besonders in unmittelbarem Kriegsgebiet wahrscheinlich mit Hilfe gelbbekürigter Soldaten.

Das Wetter. Für heute wird vorausgesagt: Wechselnd bewölkt, in Böhmen zeitweise ziemlich heiter, in den mittleren und westlichen Teilen des Staates vereinzelt leichte Schauer, Temperatur wenig geändert, Wind aus ordöstlichen Richtungen.

Lunefien im Fieber. Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung eines kurzen Reiseberichtes eines Teplitzer Jugendgenossen. Seine Schilderung zeigt, daß auch die Einwirkung in Ländern, welchen sonst bei uns wenig Beachtung geschenkt wird, für die Arbeiterschaft von Interesse ist.

Die Prager Messe behält sich als Exportverteil. Der fünfte Prager Messestag bestätigte die Tendenz der Vortage: Bei lebhafter, seriöser Nachfrage äußert reger Geschäftsverkehr und gute Abschlüsse ins In- und Ausland. Im Gespräch mit den Ausstellern wird fast einstimmig betont, daß die Messe weit die Erwartungen übertrifft hat, besonders was das Exportgeschäft anbelangt. Im allgemeinen war der Geschäftsverlauf sehr gut und äußerst vielseitig. Von den Sondermessen prosperierte am besten die Radiomesse, wo schon Millionenumsätze erzielt wurden, die Droguenmesse, mit außerordentlichem guten In- und Auslandsvertrieb. Auf der Möbelmesse wurden gut Polster- und Korbmöbel verlangt. In Metallmöbeln ist die Nachfrage anhaltend sehr gut. Da im allgemeinen der Auslandsbesuch sehr gut anhält und auch Einkäufer aus der Provinz weiter eintreffen, scheint die Höhe des Messegeschäftes noch nicht überschritten zu sein.

Falschmeldung über Herriot. Aus Paris wird berichtet: Die Meldung, daß Edouard Herriot ebrachhalber zum Obersten der Sowjetarmee ernannt worden sei, war von der privaten Presseagentur „Sud-Est“ verbreitet worden. Wie die Direktion dieser Presseagentur nunmehr mitteilt, ist sie einer Mystifikation von unbekannter Seite zum Opfer gefallen, da die Nachricht nicht auf Wahrheit beruht. Die Presseagentur hat Nachforschungen nach dem unbekanntem Täter eingeleitet.

Ausländische Journalisten meiden die Leipziger Messe. Man kommentiert in Leipzig lebhaft, daß noch vor einigen Jahren 80 bis 100 ausländische Journalisten die Leipziger Messe besuchten, während diesmal höchstens 15 eingetroffen waren.

Volksernterung für Sprachen. Das Masaryk-Volkshochschulinstitut in Prag XII, Fochova 62, veranstaltet das ganze Jahr hindurch tschechische und deutsche Volksernterung für Anfänger und Fortgeschrittene, an welchen jeder und von überall ohne Vorkenntnisse für 10 Kč monatlich teilnehmen kann. Die jährliche Teilnehmerzahl beträgt rund 10.000 Schüler, von welchen durchschnittlich 80 Prozent vollen Erfolg aufweisen. Anzeitscheine und Gruppenanmeldungen erhalten Kursgebührennachschuß.

Vom Rundfunk: Strenge Strafen für unerlaubte Rundfunkverbreitung

Lauf ministerieller Verordnung ist bei und die Verbreitung des ausländischen Rundfunks, sofern er durch seine Tendenz zu den Gesetzen oder dem demokratischen Regime der Republik steht, untersagt. Seit der Verlautbarung dieser Verordnung hörte die Verbreitung des ausländischen Rundfunkprogrammes, die sehr oft von tendenziösen politischen Ansprüchen durchspickt sind, fast gänzlich auf. Eine Ausnahme machte ein Freiseur in Wallern. In seinem Lokale reproduzierte er eine politische Ansprache im reichsdeutschen Rundfunk. Vor dem Gericht bestätigten Zeugen, daß diese Wiedergabe tatsächlich öffentlich war und deshalb befohlen unvorfichtige Freiseur 8 Tage Arrest und bedingt. — Ein Radiohändler in Mähre reproduzierte in seinen Räumlichkeiten eine ausländische politische Ansprache. Es wurde deshalb gegen ihn das Strafverfahren eingeleitet. Außerdem wurde ihm seitens des Handelsministeriums der Gewerbeschein und seitens des Postministeriums die Radio-Verkaufslizenz entzogen.

Eine Lüge in der Rundfunk-Geschichte.

Ein ordnungsmäßig konsektionierter Rundfunkhörer wollte auf dem Dache eine Antenne errichten. Der Hausbesitzer verweigerte jedoch hiezu seine Zustimmung und verbot die Anbringung einer Außenantenne. Durch diesen Vorgang fühlte sich der Mieter geschädigt und klagte den Hausherrn. Der Streit gelangte im Instanzwege bis zum Obersten Gericht, das die Beschwerde abwies. In der Urteilsbegründung wird erwähnt, daß der Mietvertrag sich nicht auf jene Teile des Hauses bezieht, die außerhalb der im Vertrag enthaltenen Wohnräume liegen. Dem Hausbesitzer steht nämlich das Recht zu, die Errichtung einer Antenne auf dem Dache zu verbieten. Das Oberste Gericht entschied, daß die Erlaubnis zur Errichtung einer Außenantenne ausdrücklich im Mietvertrage enthalten sein muß. Auf Grund dieser Entscheidung des Obersten Gerichtes, welche die Folge von Gesetzen ist, die dem Geist der modernen Zeit nicht mehr entsprechen, bleibt der Radiohörer wiederum recht- und schutzlos. Diese Judikatur berechtigt nun den Hausherrn, auch Kulturarbeitern, Kulturvereinen usw. die Installation einer Außenantenne ohne sachliche Gründe zu verbieten. Auch die Gesetznovelle, dessen Anmerkungsbuch bereits abgeschlossen ist, enthält leider nicht den Rechtsgrundlag der Radiohörer auf Errichtung von Außenantennen. Da diese Novelle voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen dem Ministerrat vorgelegt wird, wäre es sehr wünschenswert, wenn sie seitens der Ressortministerien hinlänglich ergänzt werden würde.

Empfehlenswertes aus den Programmen. Sonntag.

- Prag: 10.10 Konzert. 12.05 Schallplatten. 12.55 Konzert. 13.45 Schallplatten. 14.50 Konzert. 17.45 Schallplatten. 18.15 Arbeiterkondung. 19.10 Promenadenkonzert. 20.25 Sinter Abend. 22.15 Konzert. — Brünn: 10.10 Konzert. 11.00 Schallplatten. 12.30 Mittagskonzert. 18.25 Deutsche Sendung. 20.25 Sinter Abend. 22.15 Orchesterkonzert. — Preßburg: 10.10 Konzert. 18.25 Schallplatten. 20.25 Sinter Abend. 22.15 Konzert. — Mähr.-Odrau: 10.10 Bergarbeitermusik. 12.30 Konzert. 14.50 Nachmittagskonzert. 17.45 Schallplatten. 18.25 Sinterabendmusik. 20.25 Sinter Abend. 22.15 Konzert. — Wien: 11.30 Schallplatten. 12.00 Mittagskonzert. 18.25 Sinterkonzert. 19.25 Sinter und Aren. 20.15 „Auf Befehl der Herzogin“. Operette. 22.40 Abendkonzert. — Peilsberg: 16.00 Unterhaltungskonzert. — Agron: 17.00 Nachmittagskonzert. — Breslau: 16.10 Unterhaltungskonzert. — Mailand: 11.15 Sinter Musik. 13.30 Schallplatten. 20.15 Sinterkonzert. — Brüssel: 12.30 Orchesterkonzert. 18.00 Jazzmusik. 20.00 Orchesterkonzert. 21.00 Konzert. — Rom: 13.00 Sinter Musik. 17.30 Orchester. 20.45 Sinterkonzert. — Budapest: 10.00 Schallplatten. 12.05 Sinterkonzert. 17.30 Ungarische Volkslieder. 20.10 „Der Sinterprimas“. Operette von Kálmán.

Ein Geheimfender in Westdeutschland.

Berlin, 7. September. (Anprek.) In Westdeutschland hat sich in der letzten Zeit wiederholt ein kommunistischer Geheimfender bemerkbar gemacht. Trotzdem das Geheimne Staatspolizeiamt ein Heer von Spähern losgelassen hat, ist die Aufdeckung des Standortes nicht gelungen.

Die polnische Polarexpedition, die aus Anlaß des Polarjahres organisiert wurde, ist über Obingen nach Warshaw zurückgekehrt. — Die Expedition schlug ihr Lager auf der Bäreninsel im Polargebiete auf und harzte dort vierzehn Monate aus. Die Expedition traf für den Aufenthalt in den Polargebieten vor ihrer Abreise, im Juni 1932, unter der Leitung des Direktors des nationalen meteorologischen Institutes, Jean Lugeon, eines schweizer Gelehrten in polnischen Diensten, eine ganze Reihe von Vorbereitungsarbeiten. Lugeon als Vorsitzender des Ausschusses des polnischen Polarjahres führte die Expedition bis zur Bäreninsel und bewachte selbst die Vorbereitungen zur Ausschlagung des Lagers. Die Expedition bestand aus drei jungen polnischen Meteorologen Jacek Centkiewicz, Siedlecki und Lysakowski. Die Expedition besaß sich u. a. mit dem Studium des Erdmagnetismus usw. Das Ziel der Expedition wurde vollständig erreicht und sie kehrte mit reichen Erfahrungen und Beobachtungsmaterial zurück.

Ein unvergeßliches Erlebnis.

Von Edmund Zimperlich.

Der recht monotone Vergnügungskalender des Bades D. wies eine angenehme private Bereicherung auf.

Ein Hypnotiseur war eingetroffen, ein Mann von bedeutendem Ruf, von dessen Talenten sich die Fachleute staunenerregende Dinge erzählten.

Er wohnte im „Majestic“, hatte ausgesprochene Großmannsallüren, sparte nicht mit fürstlichen Trinkgeldern und galt, schon der vorher bezeichneten Umstände wegen als ungeheuer reich.

Sonst lebte er exklusiv zurückgezogen, eine Diskretion des Lebenswandels, die den Reiz seiner Persönlichkeit bei den neugierigen Kurgästen nur erhöhen konnte.

Es wäre wohl nie zu dem „hypnotischen Gala-Abend mit neuartigen Experimenten“ gekommen, wenn nicht der Manager des Hypnotiseurs, ein kleiner, sehr beweglicher Herr, der auch in der Sommerfrische nicht die Hand von Geschäften lassen konnte, die Sache arrangiert hätte.

So stieg denn der denkwürdige Abend, der die einschläfernden musikalischen Exerziten der Kurkapelle aufs angenehmste unterbrach, bei gepfefferten Eintrittspreisen im dichtgefüllten großen Kurhausaal. Als der Hypnotiseur, der einen ungemein langvollen Namen trug, erschien, ging ein Raunen ohrfüchtigen Staunens durch die Reihen. Der bedeutende Mann sah allerdings auch bedeutend genug aus.

In einem aristokratischen Gesicht, dem eine tiefe, fast krankhafte Blässe das Gepräge gab, leuchteten zwei dunkelbraune Augen in düsterem, unheimlich suggestivem Glanz.

„Meine Damen und Herren —“ begann der Hypnotiseur — mit einem tiefen, unerkennbar fremdländischen Tonfall, „ich weiß, daß ich einem verwöhnten Badepublikum nicht die üblichen Experimente der landläufigen Hypnose vorkommen darf. Ich habe heute Abend weit mehr vor! Ich will nämlich zum ersten Male ein Experiment ausprobieren, dessen Weisheit mir erst in diesen Tagen unter schwersten Mühen gelungen ist. Nichts fällt dem Menschen in den Schoß — Hören Sie bitte gut zu:

Mein Experiment beabsichtigt, Ihre Seelentemperatur zu einer noch nie dagewesenen Höhe emporzutreiben und in Ihnen ein Glücksgefühl von unaussprechlicher Intensität zu erzeugen.

Diese grandiose Steigerung Ihres Gefühlslebens wird, so hoffe ich, für Sie alle ein unvergeßliches Erlebnis sein!

Konzentrieren Sie sich bitte auf das Wort „Maismischung“. Jawohl, „Maismischung“. Denken Sie unausgesetzt an dies prosaische Wort, das eigentlich ein Doppelwort ist, mag es Ihnen auch noch so sinnlos erscheinen —“

In atemloser Stille, fiebernd vor Erwartung, saßen die Kurgäste da.

„Bitte das Licht auslösch!“ rief der Hypnotiseur.

Das Experiment begann. Es war so dunkel im Raum, daß man nicht die Hand vor den Augen sehen konnte. Durch den Saal tönten unablässig wandernde Schritte; es war der Hypnotiseur, der durch die Stuhlreihen ging, um seinem Experiment Nachdruck zu verleihen.

Einige Teilnehmer an der Séance, meist Frauen, wimmerten leise vor Aufregung.

Minuten wurden zu Ewigkeiten. Immer noch erklang der ruhelos wandernde Schritt des bedeutenden Mannes.

Eine stidige Welle von Atem und Schweiß zog durch den Saal.

Plötzlich brach die Wanderung des Hypnotiseurs ab. Weitere fünf Minuten verstrichen.

Im Saale machte sich eine leise Unruhe bemerkbar.

„Licht!“ zischten die Eifrigen, was wiederum unterdrücktes Röcheln hervorrief.

Nach einer Viertelstunde rief einer „Licht“, „Maismischung“ schrie ein anderer.

Die elektrischen Lampen flammten auf. Alles sah sich blöb blinzelnd an.

Wo war der Hypnotiseur? Der Hypnotiseur war verschwunden und mit ihm sein Manager. Allgemeine Verblüffung, die sich zur Panik steigerte, als eine ältere Dame hysterisch schrie: „Mein Perlenkollier ist gestohlen!“

„Und mir die Brieftasche!“ brüllte ein Herr, gleichsam als Echo.

Entsetzen packte die Kurgäste.

Die Damen nestelten verstört am Hals herum, die Herren griffen nach ihren Brusttaschen. Unter unbeschreiblichem Lärm zählte man 54 abgehenden gekommene Portefeuille und 21 fehlende Perlenkolliers.

Polizei erschien und wurde von einem Schwarm fassungsloser Menschen umringt.

Inzwischen suchten ein paar beherzte Männer das ganze Kurhaus nach dem fingerfertigen Hypnotiseur und seinem Manager ab.

Vergeßlich —, der Vogel war schon ausgeflogen.

„Ja,“ sagte der Polizeikommissar, „wir haben es leider auch zu spät erfahren. Der Hypnotiseur ist ein berühmter Taschendieb und der ‚Manager‘ sein Komplize.“

Was aber das Experiment angeht, — es ist nicht bei Ihnen gestatteter worden.“

„Aber in einem hat er recht gehabt —“ murmelte ein Befehlener in bitterer Selbstironie, „dieser Abend wird gewiß uns allen ein unvergeßliches Erlebnis bleiben!“



Wolle rettet einen Erdteil.

Oben links: Schafe, Schafe, das ist Australiens Reichtum. — Daneben: So wird die Herbstmode aussehen: Mütze, Schal und Jumper aus Wolle und selbst der Mantel ist die Wollimitation eines Raumpelzes. — Unten links: Europalast in Sydney, einer der dichtbevölkerten zahlreichen Großstädte des 6-Millionen-Kontinents Australien, in dem zwei Drittel aller Einwohner in Städten wohnen. — Daneben: Ein bewegtes Bild aus der großen Wollbörse in Melbourne, die durch die jetzige Woll-Hausse einen neuen Auftrieb erfahren hat.

Der erhöhte Absatz an Wolle kommt natürlich in erster Linie dem Woll-Land Australien zugute, das auf seinen riesigen landwirtschaftlich fast unausgenützten Flächen überall Herden von Tausenden von Schafen beherbergt. Wie alle Länder, in denen der Prozentjah der städtischen Bewohner sehr groß ist, hatte Australien mit seinem besonders hohen Prozentjah von Stadtbewohnern schwer unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden. Jetzt rettet die allgemeine Woll-Hausse es vor den schlimmsten Katastropheneffekten.

Goethe über das Dritte Reich.

(Aus Reineke Fuchs.)

Einen Hitler wollten sie haben.

Ich erinnerte mich der Frösche, deren Sequale bis zu den Ohren des Herrn im Himmel endlich gelangte.

Einen König wollten sie haben und wollten im Zwange leben, nachdem sie der Freiheit in allen Landen genossen.

Da erhörte sie Gott und sandte den Storch, der beständig Sie verfolgt und haßt und keinen Frieden gewähret. Ohne Gnade behandelt er sie; nun klagen die Toren, Aber leider zu spät; denn nun bezingelt sie der König.

Schöner als in Braunau.

Lacht uns nach Schwaben entfliehn! Dort kennt uns niemand; wir halten uns nach des Landes Weise dasehlt. Hilf Himmel, es findet Süße Speise sich da und alles Guten die Fülle: Hühner Gänse, Hasen, Kaninchen und Zuder und Datteln, Feigen, Rosinen und Vögel von allen Arten und Größen; Und man bäkt im Lande das Brot mit Butter und Eiern.

Rein und klar ist das Wasser, die Luft ist heiter und lieblich.

Den künftigen Räubern.

... Denn solltet ihr diesmal Diesen Verräter verschonen, gerechte Rache verzögern, Euerm Frieden und eurem Geleite nicht Nachdruck verschaffen, Vieles würde darüber gesprochen: es würd' euch mißfallen.

Denn man sagt: Der ist schuldig der Tat, der zu Und nicht strafet . . .

Die Gemeinschaft der Diebe.

Raubt der König ja selbst so gut als Einer, wir wissen's; Was er selber nicht nimmt, das läßt er Vären und Wölfe

Holen und glaubt, es geschähe mit Recht. Da findet sich Reiner Der sich getraut, ihm die Wahrheit zu sagen — so weit hinein ist es Böse — kein Beichtiger, kein Kaplan; sie schweigen! Warum das?

Sie genießen es mit, und wär's nur ein Rod zu gewinnen.

Komme dann Einer und klage! Der haschte mit gleichem Gewinne Nach der Lust, er tödtet, die Zeit und beschäftigt besser

Sich mit neuem Erwerb. Denn fort ist fort und was einmal

Dir ein Mächtiger nimmt, das hast du bejessen. Der Gibt man wenig Gehör und sie ermüdet am Ende. Unser Herr ist der Löwe, und alles an sich zu reißen, hält er seiner Würde gemäß. Er nennt uns gewöhnlich Seine Leute. Fürwahr, das Unfre, scheint es, gehört ihm.

„Berufs“-Beamte.

Darf ich reden, mein Oheim? Der edle König, er liebt sich Ganz besonders Leute, die bringen und die nach der Weise. Die er singt, zu tanzen versteh'n. Man sieht es zu deutlich.

Daß der Wolf und der Bär zum Räte wieder gelangen, Schadet noch Manchem. Sie stehen und rauben; es liebt sie der König; Jeglicher sieht es und schweigt; er denkt, an die Reihe zu kommen. . . . Kleine Diebe hängt man so weg, es haben die großen

Starken Vorsprung, mögen das Land und die Schlösser verwalten.

Gleichgeschaltete „Demokratie“.

Aber wie sollte die Welt sich verbessern? Es läßt sich ein Jeder Alles zu und will mit Gewalt die Andern bezwingen. Und so sinken wir tiefer und immer tiefer ins Arge. Aftersreden, Lug und Berrat und Diebstahl, und falscher Eidswur, Rauben und Morden, man hört nichts Anders erzählen, Falsche Propheten und Heuchler betragen schändlich die Menschen.

Außenpolitik.

Doch im Räte fehle gar oft die nötige Klugheit; Denn sie pflegen zu sehr auf ihre Stärke zu trohen. Kommt man ins Feld und naht sich dem Werke, da hinkt es gewaltig.

Nütziger kann man nichts sehn, als sie zuhause sich zeigen; Draußen liegen sie gern im Hinterhalt. Zeigt es dann Tüchtige Schläge, so nimmt man sie mit, so gut als ein Anderer.

Den Urvierten.

... Die allergierigsten Schälle Werden erhoben und Ruh und Gewinn bedent man alleine; Recht und Weisheit stehen zurück. Es werden die Große Herren; das muß der Arme gewöhnlich entgelten.

Hat ein Solcher Macht und Gewalt, so schlägt er nur blindlings Unter die Leute, gedenkt nicht mehr, woher er gekommen; Seinen Vorteil gedenkt er aus allem Spiele zu nehmen. Unter den Großen finden sich viele von diesem Gelichter. Keine Bitte hören sie je, wozu nicht die Gabe Weich sich reichlich gefüllt, und wenn sie die Leute bescheiden, heißt es: Bringt nur und bringt, zum Ersten, Zweiten und Dritten!

Den Gleichgeschalteten.

... Sie kamen in Scharen zum Sieger gelaufen, Alle Verwandten, der Lachs und der Aße und Otter und Biber. Seine Freunde waren nun auch der Warber, die Biemel, Vermelin und Eichhorn, und Biele, die ihn bescheiden, Seinen Namen zuvor nicht nennen mochten, sie liefen

Alle zu ihm Es tat ihm Jeglicher schön, sie schmeichelten ihm und konnten nicht erben.

„Die nationale Revolution ist beendet.“

Jenen Hundem vergleich' ich sie wohl, die pflegten in Menge Vor der Küche zu stehn und hofften, es werde wohl ihrer

Auch der günstige Koch mit einigen Knochen gedenken. Einen ihrer Gefellen erblickten die wartenden Hunde, Der ein Stück gesottenes Fleisch dem Koch ge- nommen Und nicht eilig genug zu seinem Unglück davon- sprang

Denn es begoß ihn der Koch mit heißem Wasser von hinten Und verbrüht' ihm den Schwanz; doch ließ er die Beute nicht fallen, Mengte sich unter die Andern; sie aber sprachen zusammen:

„Seht, wie diesem der Koch vor allen Andern begünstigt! Seht, welch köstliches Stück er ihm gab!“ Und Jener verfezte:

„Wenig begriffst Ihr davon, Ihr lobt und preist mich von vorne, Wo es Euch freilich gefällt, das köstliche Fleisch zu erblicken; Aber besetzt mich von hinten und preist mich glück- lich, wosern Ihr Eure Meinung nicht ändert!“ Da sie ihn aber besahen,

War er schrecklich verbrannt; es fielen die Haare herunter, Und die Haut verchrumpft ihm am Leib. Ein Grauen Niemand wollte zur Küche; sie liefen und liefen ihn stehen.

Denn Goethe hat alles voraus gewußt!

Lachen nicht verlernen.

Ein Hörfehler

Nach dem Abendbrot schritt der Herr Staats- anwalt an der Seite seines Gastes durch seine Privatgemächer, stolz von der Architektur und dem eigenen Stil der Zimmer plaudernd.

Vor einem großen Oelgemälde blieben beide stehen.

„Sehen Sie,“ sagte der Staatsanwalt, „hier ist mein liebstes Bild, — die Göttin der Gerech- tigkeit: Remesis!“

„O, — vielen Dank, Herr Staatsanwalt!“ sagte der Gast und ergriß mit beiden Händen die Rechte des Gastgebers. „Ich nehme es gern! Ich lasse es gleich morgen früh abholen!“

(„Neue F. Z.“)

Grüne Jugend

Dieser Papagei ist hundert Jahre alt, mein Herr!“

„Hm, für dieses Alter ist er aber noch reichlich grün!“

(„Neue F. Z.“)

Bereitet

„Meine sämtlichen Hühner sind diese Nacht von Eindrehern abgeschlachtet worden!“

„Und ihr scharfer Wachtbund, der immer im Stall liegt?“

„Der lebt noch!“

(„Fliegende Blätter“)

Das junge Huhn

Wirtin: „Wie ist das junge Huhn? Ich hab's nicht gern geschlachtet!“

Gast: „Aus welchem Grunde? Sie sind wohl zusammen aufgewachsen?“

(„Fliegende Blätter“)

Aus der Schule

„Kurt, wer hat früher regiert: Maximilian II. oder Ludwig II.?“

„Die haben beide früher regiert, Herr Lehrer!“

(„Fliegende Blätter“)

Nicht schwindelfrei

Dachbeder zum Kollegen: „Ich habe meine Braut aufgeben müssen. Sie tanzte so gern, und ich werde dabei doch immer schwindlig.“

(„Journal“)

Ein Gemütsmensch

„Das ist doch unerhört! Deine Frau geht jeden Tag mit dem jungen Mann aus und du sagst gar nichts!“

„Man muß sich einer Neigung nicht wider- setzen. Ich werde mir nächstens einige Lotterio- lose kaufen.“

(„Journal“)

